

II-210 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 159 IJ

1990-12-13

A N F R A G E

der Abgeordneten Dr. Gugerbauer, Dr. Partik-Pablé
an den Bundesminister für Inneres
betreffend Auswirkungen der Visapflicht

Wie einem Artikel der "Presse" vom 1. Dezember d.J. zu entnehmen ist, hat die Einführung der Visapflicht für polnische Staatsbürger in der Bundeshauptstadt eindeutig zum Rückgang der Zahl festgenommener Nicht-Österreicher geführt. Auch sei die Zahl jener Delikte, die im ersten Halbjahr 1990 noch rapide angewachsen waren (Einbruchsdiebstähle in Fahrzeuge, Taschendiebstähle sowie Geschäftseinbrüche u.a.m.), wiederum zurückgegangen. Nach Auffassung der unterfertigten Abgeordneten muß zweifelsfrei den vom Wiener Polizeipräsidenten Dr. Bögl in diesem Zusammenhang vorgelegten Zahlen ein gewisser Trend zugebilligt werden. Da die Kriminalitätsentwicklung in offensichtlichem Konnex mit der Einführung von Visapflichten steht, richten die unterfertigten Abgeordneten an den Herrn Bundesminister für Inneres nachstehende

A n f r a g e :

- 1) Liegen auch seitens der Sicherheitsdirektion für Oberösterreich gesonderte Aufzeichnungen vor, die einen Rückgang der Kriminalität seit Einführung der Visapflicht dokumentieren?
- 2) Wenn ja: Welchen Inhaltes?
- 3) Wenn nein: Welche Veranlassungen werden Sie treffen, um auch im Bereich der Sicherheitsdirektion für Oberösterreich Aufzeichnungen über die Ausländerkriminalität zu führen?

- 4) Liegen gesonderte Aufzeichnungen über die von ausländischen Staatsbürgern in den Bezirken Freistadt, Linz-Urfahr und Linz begangenen Straftaten vor und, wenn ja, welchen Inhaltes bzw. welche Kriminalitätsentwicklung war in den letzten 12 Monaten festzustellen?
- 5) Werden Sie den offenkundigen Bestrebungen von einzelnen Mitgliedern der Bundesregierung, die Visapflicht für polnische Staatsangehörige aufzuheben, mit Entschlossenheit entgegentreten?